



## Bescheuerte Politik

Von Michael Hofmann

**E**inen Eindruck davon, wie bescheuert Politik sein kann, zeitigt die nun anlaufende Diskussion über den Regionalen Flächennutzungsplan unter besonderer Berücksichtigung eines 250-Hektar-Areals auf Seligenstädter Markung, das als „potenzielles Vorranggebiet für Windenergienutzung“ in Frage kommt:

▷ Nach einem Beschluss der früheren rot-grünen Bundesregierung gelten Vorhaben im Außenbereich, die der Windenergienutzung dienen, baurechtlich als „privilegiert zulässig“ (Erneuerbare-Energien-Gesetz), will heißen, diese Anlagen dürfen errichtet werden, wenn keine anderen öffentlichen Belange (Naturschutz) entgegen stehen. Handhabe dagegen gibt's angeblich nicht.

▷ Um zu verhindern, dass der ganze Regierungsbezirk ob der in Hessen zu niedrigen Quote eiligst und wahllos mit diesen Dingen zugestampft wird, definierten die Regionalplaner bestimmte, noch nicht einschlägig vorbestimmte Flächen, um die Anlagen kanalisieren und konzentrieren zu können („Ausschlusswirkung“). Konkret heißt das: Sie legten im Zuge der so genannten Überlagerungsplanung über eine Landkarte Naturschutz- und Erholungswald-Folie, darüber FFH-Folie oder Sondernutzungsfolie und so weiter und so weiter. Die Flächen, die bei Abschluss nicht belegt waren - unter anderem das Waldgebiet zwischen Dudenhöfer Straße und Weiskirchen-Raststätte - schlugen sie der Windkraftnutzung zu.

▷ Um zu hintertreiben, dass jene Areale, die womöglich per Beschluss der Planungsversammlung als Windanlagenflächen ausgewiesen werden - das soll 2009 geschehen - jemals gebaut werden, hat man ein Auge darauf, dass sich die Flächen möglichst nicht in Privat-, sondern im Besitz der Kommunen befinden. Privatleute könnten bei lukrativen Angeboten von Windkraft-Betreibern ja verkaufen oder verpachten - wer weiß das schon? Dagegen müssen Kommunen, deren Interesse auch mit Blick auf eventuelle Proteste aus der Bevölkerung deutlich geringer sein dürfte, sie ja nicht vermarkten. Und weil sie kaum jemand dazu zwingen kann, läge ein solches Projekt bis zum Sankt-Nimmerleinstag sauber auf Eis. So verquast, verwinkelt und hinterfotzig funktioniert Politik.

**O**ffensichtlich unter dem Motto „Wehret den Anfängen“ versuchte die Seligenstädter Verwaltung ihren Politikern in der Fachausschuss-Sitzung dieser Tage gute Argumente an die Hand zu geben, um die Aufnahme der 250-Hektar-Fläche in die regionale Planung schon im Vorfeld zu verhindern, dies jedoch zu unserer Überraschung nicht gerade mit durchschlagendem Erfolg: Während der SPD-Politiker Michael Hollerbach („Ich bin Windmüller“) dafür plädierte, einen Lobbyisten aus dem Bundesverband einzuladen, sprach CDU-Kollege Johannes Zahn vom „kleineren Übel im Vergleich zu Staudinger. Wenn wir Strom wollen, müssen wir auch bezahlen.“ Ganz anderer Ansicht war Ex-Bürgermeister Rolf Wenzel (SPD): Weil der E.ON-Ausbau im Grundsatz nicht zu verhindern sei, spreche er sich ob der Doppelbelastung für die Region gegen Windkraftanlagen aus, die „eine weitere Verschandelung unserer Landschaft“ darstellten. Wir obendrein sind ziemlich erschüttert darüber, dass 250 Hektar wertvollen Waldes gerodet werden könnten, nur um eine Quote zu erfüllen.